

2.4 Qualität und Quantität von Arbeit – ein Widerspruch? Zur Bedeutung von Qualitätsstandards im Arbeitsraum Europa

Der europäische Arbeitsraum ist geprägt durch hohe Erwerbslosigkeit: Nach offiziellen Angaben sind in der Europäischen Union gegenwärtig über 19 Mio. Menschen erwerbslos gemeldet. Davon ist etwa ein Drittel schon länger als ein Jahr auf Arbeitssuche und gilt damit als langzeitarbeitslos. Die beschäftigungs- und sozialpolitischen Debatten in den meisten EU-Mitgliedstaaten drehen sich daher um die Frage, wie Erwerbssuchende in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden können.

Insgesamt gestaltet sich die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen als ein schwieriges Unterfangen. Ergriffene Maßnahmen zeitigen vielfach nicht die erhofften Resultate. Umso mehr geraten unter der Devise „Hauptsache Arbeit!“ qualitative Ansprüche an Arbeit unter (Markt-)Druck. In dominanten arbeitspolitischen Diskursen wird das Problem der mangelnden Quantität als eine notwendige Folgeerscheinung der vermeintlich zu hohen Qualität der Arbeitsbedingungen betrachtet. Qualitätsstandards von Arbeit – wie bspw. Aus- und Weiterbildungsansprüche, Kündigungs- und Gesundheitsschutz oder Mitspracherechte – gelten dabei als Hemmnisse für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Entsprechend hängen drohende Standortverlagerungen wie ein Damoklesschwert über Verhandlungen um höhere Löhne, moderate Arbeitszeiten, verbesserten Gesundheitsschutz u.a. Auch Forderungen nach Geschlechtergleichstellung oder nach ökologischer Nachhaltigkeit werden im aktuellen politischen Klima als Standortgefährdung eingestuft. Qualität und Quantität von Arbeit werden damit als Widerspruch gefasst.

Demgegenüber wird auf EU-Ebene das Ziel hoher Beschäftigung mit qualitativen Aspekten von Arbeit durchaus in Verbindung gebracht: So stellt die Europäische Kommission einen Zusammenhang zwischen der Quantität an Arbeitsplätzen und der Qualität von Arbeitsverhältnissen her und verweist in verschiedenen Politikempfehlungen darauf, dass eine zukunftsfähige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik qualitative Aspekte von Arbeit berücksichtigen muss. Sie plädiert dafür, bei der Modernisierung der Arbeitsorganisation

auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit zu achten sowie die Qualität der Arbeitsplätze zu erhöhen.

Darauf beziehungsweise möchte ich im Folgenden darlegen, dass Qualitätsstandards von Arbeit nicht per se im Widerspruch zur Quantität von Arbeitsplätzen, sondern vielmehr in einem komplementären Verhältnis stehen und auch deshalb von enormer gesellschaftlicher Bedeutung sind.

Prekarisierung der Arbeit

Neben strukturellen Beschäftigungsdefiziten stellt die Polarisierung der Arbeitsbedingungen im Arbeitsraum Europa ein zentrales Problem dar. Seit Ende der 1970er Jahre nimmt die Anzahl unbefristeter Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse kontinuierlich ab; demgegenüber wächst der Anteil befristeter Arbeitsverträge, von Leih- und Gelegenheitsarbeiten stetig, und auch Tätigkeiten im Bereich der (Schein-)Selbständigkeit und im Niedriglohnbereich mehren sich merklich (vgl. Talos 1999). Damit wächst die Kluft zwischen einer abnehmenden Anzahl von Arbeitsplätzen mit relativ guten Arbeitsbedingungen und einer steigenden Anzahl mit relativ schlechten. Gegenwärtig stehen im Arbeitsraum Europa drei Viertel sog. „good jobs“ ein Viertel sog. „bad jobs“ gegenüber (European Foundation 2004) – mit der Tendenz zu weiterer Verschiebung zulasten der Arbeitsplätze besserer Qualität.

Abbau von Qualitätsstandards bedeutet

- ✦ Zunahme von entstandardisierten und prekären Arbeitsformen
- ✦ Anstieg der Lohnspreizung; Ausweitung von Niedrigeinkommen
- ✦ Arbeitsintensivierung; Zunahme der Arbeitsbelastungen
- ✦ Individualisierung und Privatisierung sozialer Risiken

Die Absenkung von Qualitätsstandards – bspw. im Hinblick auf Einkommen, Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheitsschutz, soziale Absicherung u. v. m. – lenkt das Problem der Massenerwerbslosigkeit sukzessive in das der prekären Beschäftigung um. Zusätzlich zu dem gesellschaftlichen Gefälle zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen entwickelt sich eine gesellschaftliche

Ayla Satilmis

ist
Politikwissenschaftlerin;
Lehrbeauftragte an der
Universität Marburg und
freie Mitarbeiterin an der
Forschungs- und
Kooperationsstelle
„GendA – Arbeit,
Demokratie, Geschlecht“.

www.gendanetz.de

Spaltungsdynamik zwischen jenen, die sich mit prekären, sozialrechtlich gering abgesicherten Jobs gerade so über Wasser halten können und keine Planungssicherheit haben, und jenen, die in regulären, unbefristeten Arbeitsverhältnissen ihre Lebensplanung in Angriff nehmen können.¹

Im Zuge dieses Prekarisierungsprozesses wird deutlich, dass Erwerbsarbeit zwar nach wie vor als ein zentrales Vergesellschaftungsmedium fungiert und eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe darstellt²; gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass nicht jede Arbeit verlässlich vor sozialer Ausgrenzung und Armutsrisiken schützt und die bloße Erwerbsintegration nur bedingt gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipationschancen eröffnet (vgl. Satilmis 2005).

Arbeitsplatzqualität und die EU

Die EU hat sich dieser Problematik vor einigen Jahren angenommen und das Thema der sozialen Integration in Verbindung mit der Frage der Qualität von Arbeit auf die politische Agenda gesetzt. Unter der Devise *more and better jobs* hat die EU schließlich einen Katalog mit zehn Qualitätskriterien von Arbeit vorgelegt (KOM 2001).³ Im Jahr 2003 wurde die Frage der Arbeitsplatzqualität auch als Ziel in die beschäftigungspolitischen Leitlinien aufgenommen. Dadurch haben die von der Kommission festgelegten Kriterien verpflichtenden Charakter für die Arbeits- und Beschäftigungspolitik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten erhalten.

Die Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität wurden hierbei miteinander verbunden und in dieser Kombination zu einem der drei „allgemeinen Ziele“ der europäischen Beschäftigungspolitik erhoben. Damit geht die EU von einem positiven Zusammenhang zwischen der Qualität von Arbeit (verhältnissen) und der Produktivität aus und weist auf die negative Korrelation zwischen niedrigen Qualitätsstandards und geringerem Produktivitätswachstum hin (vgl. KOM 2003, S. 3 ff.).

Wenngleich die Frage der Arbeitsplatzqualität von der EU-Kommission zwischenzeitlich zum „Herzstück des europäischen Sozialmodells“ (KOM 2001, S. 3) erklärt worden war, kommt dem Qualitätsaspekt im Kontext der europäischen Beschäftigungspolitik insgesamt eine eher untergeordnete Bedeutung zu. Dies zeigt sich u. a. darin, dass beschäftigungspolitische Erfolge weniger an Verbesserungen im Bereich der Arbeitsplatzqualität bemessen werden als am Wirtschaftswachstum und an der

Wettbewerbsfähigkeit. Zudem wird der Akzent in den aktuellen beschäftigungspolitischen Leitlinien (2005-2008) noch stärker auf Wachstum und Beschäftigung gelegt und die Frage der sozialen Integration bleibt ausgeklammert (vgl. Amtsblatt 2005).

Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Thematik um qualitative Anforderungen an Arbeit in den Mitgliedstaaten durch die EU wichtige Impulse bekommen hat, die nicht in Richtung Absenkung und Aufhebung weisen: So werden in verschiedenen Richtlinien Mindeststandards formuliert, die die Flexibilisierungsgrenzen nach unten abstecken, und damit der Abwärtsspirale entgegenwirken.⁴ Dies deutet auf Potenziale der europäischen Legislative und Judikative. Europäische Vorgaben haben bisher vielfach Anknüpfungspunkte für Initiativen auf gesetzlicher und betrieblicher Ebene geboten und ein gewisses Gegengewicht zu den dominanten beschäftigungs- und sozialpolitischen Debatten dargestellt. Welcher Stellenwert dem Qualitätsaspekt in der Zukunft beigemessen wird, hängt insbesondere davon ab, inwieweit es Gewerkschaften, sozialen Netzwerken u. ä. gelingt, diese Anstöße mit eigenen Inhalten zu füllen und voranzutreiben (vgl. Kurz-Scherf 2005).

Fazit

Während Politik und Wirtschaft Standortschwächen und vermeintliche Wettbewerbsnachteile aufgrund (zu) hoher Qualitätsstandards von Arbeit beklagen, ignorieren sie, dass ohne die Zuerkennung gewisser qualitativer Ansprüche – wie bspw. existenzsicherndes Einkommen, soziale Absicherung oder etwa moderate Arbeitszeiten – kein Geld und/oder keine Zeit für die Nachfrage nach Konsumgütern oder Dienstleistungen bleibt. Deregulierungs- und Kostenminimierungsstrategien verkennen mithin, dass die Frage der Qualität von Arbeit eng verwoben ist mit dem Anspruch auf Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Nach einer Studie der European Foundation von 2004 haben in den letzten Jahrzehnten die Arbeitsbelastungen zugenommen; zu den alten Belastungen sind im Zuge der Arbeitsintensivierung zahlreiche neue hinzugekommen, und es bedarf keiner prophetischen Gaben um vorauszusehen, dass infolge dieser Überlastungen qualitative Standards von Gütern und Dienstleistungen in Mitleidenschaft gezogen werden und auf diesem Wege sich die Frage der Wettbewerbs- bzw. Absatzfähigkeit stellen wird. Das bedeutet, dass sich

die Thematik um die Qualität von Arbeit nicht nur aus der Perspektive der Beschäftigten, sondern auch aus der Perspektive der KonsumentInnen, Betreuten, KlientInnen etc. stellt.

Aus einer sozial- und geschlechtergerechten Perspektive erscheint es dringlich, die derzeit scheinbar unverrückbare Maßgabe des ökonomischen Wachstums zu durchbrechen. Eine große Herausforderung für Politik und Wirtschaft besteht darin, der fortschreitenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere auch durch die Förderung und den Ausbau qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze Einhalt zu gebieten. Schließlich stellt die Entwicklung bzw. Gewährleistung von arbeitsbezogenen Qualitätsstandards eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Arbeits- und Sozialraums Europa dar.

¹ Diese Problematik ist stark geschlechterspezifisch geprägt, u. a. weil der Frauenanteil in entstandardisierten Beschäftigungsverhältnissen (z. B. geringfügiger Beschäftigung, Teilzeitarbeit, befristeter Beschäftigung u.a.) überproportional hoch ist.

² Eine exponierte Bedeutung für die soziale Inklusion erhält Erwerbsarbeit zum einen dadurch, weil wohlfahrtsstaatliche Leistungen und (materielle) Sicherheit eng an die Teilhabe am Arbeitsmarkt gekoppelt sind. Zum anderen werden Prozesse der Identitätsfindung, der eigenständigen Absicherung sowie des Wohlbefindens und der Sinnstiftung – nicht nur, aber auch – über Erwerbstätigkeit vermittelt.

³ Ohne hier auf einzelne Kriterien näher eingehen zu wollen, sei darauf verwiesen, dass in dem vorgelegten Konzept ein breites Spektrum an Indikatoren ausgewählt wurde, das die Frage der Qualität der Arbeit nicht – wie vielfach üblich – auf ergonomische Aspekte reduziert und auch nicht ausschließlich auf den Arbeitsplatz bezogen definiert. Bemerkenswert ist nicht nur, dass die Indikatoren in einen engen Kontext mit Aspekten der sozialen Integration bzw. des gesellschaftlichen Ausschlusses gestellt werden, sondern auch das Bekenntnis zur Arbeitnehmermitbestimmung und zur Geschlechtergleichstellung.

⁴ Infolge der Umsetzung diverser Vorgaben von EU-Richtlinien wurden bspw. in der Bundesrepublik Deutschland – die von Gewerkschaftsseite lange geforderten, jedoch nicht durchsetzbaren – Arbeitsschutzrechte erzwungenermaßen novelliert und einige Standards erheblich angehoben („Arbeitsschutzgesetz“, BGBl. I 1996, S. 1246).

Literaturhinweise

Amtsblatt der Europäischen Union 2003: Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten, Brüssel (2003/578/EG).

Amtsblatt der Europäischen Union 2005: Entscheidung des Rates vom 12. Juli 2005 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten, Brüssel (2005/600/EG).

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions 2004: Annual review of working conditions in the EU: 2003-2004, Dublin.

KOM 2001: Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik: Ein Konzept für Investitionen in Qualität, Mitteilung der Kommission, Brüssel, 20. Juni 2001.

KOM 2003: Die jüngsten Fortschritte in der Verbesserung der Arbeitsplatzqualität, Mitteilung der Kommission, Brüssel, 26. Nov. 2003.

Kurz-Scherf, Ingrid 2005: Qualitätskriterien von Arbeit – Ein Überblick. In: WSI-Mitteilungen, Heft 4, S. 193-199.

Satilmis, Ayla 2005: Qualitätsstandards in Zeiten andauernder Massenerwerbslosigkeit: Luxus oder Notwendigkeit? In: Lepperhoff, Julia/Satilmis, Ayla/Scheele, Alexandra (Hg.): Made in Europe. Geschlechterpolitische Beiträge zur Qualität der Arbeit, Münster, S. 266-281.

Talos, Emmerich (Hg.) 1999: Atypische Beschäftigung. Internationale Trends und sozialstaatliche Regelungen, Wien.